Agra-Europe AgE

Unabhängiger europäischer Presse- und Informationsdienst
für Agrarpolitik und Agrarwirtschaft

BONN • BERLIN • BRÜSSEL • PARIS • MADRID • WIEN

Herausgeber und Verlag:
Agra-Europe GmbH
Kessenicher Straße 221
53129 Bonn
info@agra.de • www.agra.de

61. JAHRGANG

24. AUGUST 2020 - NR. 35

Vereinigte Hagel begrüßt Bewegung beim Thema Ernteversicherung

Die Vereinigte Hagel begrüßt politische Initiativen, einer Ernteversicherung durch staatliche Beitragszuschüsse zum Durchbruch zu verhelfen. „Es kommt Bewegung in die Sache“, erklärt Vorstandsmitglied Thomas Gehrke im Interview. Auch der Berufsstand habe sich dafür ausgesprochen, das betriebliche Risikomanagement durch Versicherungslösungen zu stärken. Aktuell deutet aus Sicht von Gehrke vieles darauf hin, dass geförderte Mehrgefahrenversicherungen in Deutschland Zug um Zug eingeführt werden. Sicherlich werde dies bei der Erstellung der Strategiepläne von Bund und Ländern für die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zum Ausdruck kommen.

Länderberichte 1

Wissenschaftlicher Beirat fordert Wandel im Ernährungssystem - Fleischkonsum senken

Eine grundlegende Änderung der Konsumgewohnheiten und staatliches Handeln für eine nachhaltigere Ernährung hat der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE) angemahnt. In einem an Ministerin Julia Klöckner übergebenen Gutachten werden die Reduzierung des Konsums tierischer Produkte, ein staatliches Tierschutzlabel und eine nationale Nutztierstrategie empfohlen. Geraten wird auch zum EU-weiten Einsatz des Nutri-Score, zur Regulierung der Werbung für Kinderlebensmittel und zu einer „Limo-Steuer“. Klöckner wertete die Empfehlungen als „Rückenwind“ für ihr Ressort.

Länderberichte 23

Häusling: Kohlenstoffgrenzsteuer könnte ein wichtiges agrarpolitisches Zeichen sein

Der Agrarsprecher der Grünen-Fraktion im Europaparlament, Martin Häusling, hat sich für eine Kohlenstoffgrenzsteuer ausgesprochen. Diese wäre ein wichtiges Zeichen in der Agrarpolitik und ein „Riesenschritt nach vorne“, erklärt Häusling im Interview. Wenn in der EU strengere Umweltvorschriften erlassen und Pflanzenschutzmittel verboten würden, dann könne nicht gleichzeitig der Import von unter fragwürdigen Standards produzierten Lebensmitteln zugelassen werden. Mit Blick auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) fordert der Grünen-Politiker, langfristig mehr Geld für Umweltleistungen bereitzustellen. Ziel müsse eine Umverteilung weg von der bedingungslosen Flächenprämie sein.

EU-Nachrichten 1

Durchwachsene Erntebilanz des DBV

Der Deutsche Bauernverband (DBV) hat auch für 2020 eine nur durchwachsende Erntebilanz gezogen, was im politischen Berlin eine lebhafte Debatte über die Folgen des Klimawandels für die Landwirtschaft ausgelöst hat. Vor der Hauptstadtpresse hatte DBV-Präsident Joachim Rukwied eine „zum wiederholten Male unterdurchschnittliche Ernte“ konstatiert. Der Verband geht von 42,2 Mio t Getreide aus. Laut Rukwied war 2020 vielerorts das dritte durch Wetterextreme geprägte Jahr, was einige Betriebe in ihrer Existenz gefährde. Der DBV-Präsident bekräftigte deshalb seine Forderung nach einer Stärkung der einzelbetrieblichen Risikovorsorge. Für Dr. Anton Hofreiter von den Bündnisgrünen werden die Auswirkungen der Klimakrise mit der aktuellen DBV-Erntebilanz immer konkreter und deutlicher sichtbar - ein „Weiter so“ sei deshalb nicht möglich. FDP-Agrarsprecher Dr. Gero Hocker bezeichnete die erneut schwache Ernte als „Warnsignal“ und forderte die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage. Derweil regte der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) eine staatliche Bezuschussung von Erntepolicen an. Bei einer entsprechenden Unterstützung wären die Versicherer in der Lage, auch eine erhöhte Nachfrage an Mehrgefahrenversicherungen zu bedienen, erklärte GDV-Geschäftsführungsmitglied Jörg Asmussen. Auch für den Bauernverband ist klar, dass die Landwirtschaft allein den Aufbau einer Ernteversicherung wirtschaftlich nicht stemmen kann. Bund und Länder seien jetzt gefordert, eine Anschubfinanzierung für eine solche Versicherung auf den Weg zu bringen.

Markt+Meinung 1, Länderberichte 4 und 11

Copyright © by AGRA-EUROPE Presse-und Informationsdienst GmbH, 53129 Bonn.
Die Beiträge dieses Dienstes sind urheberrechtlich geschützt. Die Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Tonträger jeder Art, auszugsweiser Nachdruck oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen jeder Art, ist nur mit Einwilligung des Herausgebers zulässig. Alle Informationen werden sorgfältig recherchiert und aufbereitet. Eine Haftung wird ausgeschlossen.

ISSN 0515-6777

LÄNDERBERICHTE
EU-NACHRICHTEN
MARKT+MEINUNG
KURZMELDUNGEN

EUROPÄISCHE UNION AGRARPOLITIK

Kohlenstoffgrenzsteuer wäre für Häusling ein „Riesenschritt"

Einheitliche Standards müssen Bedingung für Lieferungen in die EU sein - Gefahr der Produktionsverlagerung würde verringert - Eigenschutz voranbringen - Die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens sieht der Grünen-Politiker in weiter Ferne - Mehr Geld für Umweltleistungen in der GAP - Anreizkomponenten ausreichend bemessen

BRÜSSEL. Eine Kohlenstoffgrenzsteuer der Europäischen Union wäre für den Agrarsprecher der Grünen-Fraktion im Europaparlament, **Martin Häusling**, ein wichtiges agrarpolitisches Zeichen. „Es muss klar sein, wenn sich die Brasilianer oder die Ukraine nicht an unsere Regeln halten, dann dürfen sie auch nicht zu Dumpingpreisen in die EU exportieren", erklärt Häusling im Interview mit AGRA-EUROPE. Wenn strengere Umweltvorschriften erlassen und Pflanzenschutzmittel verboten würden, dann könne nicht gleichzeitig der Import von unter fragwürdigen Bedingungen produzierten Lebensmitteln zugelassen werden. Wenn das gelänge, dann könnte man auch konsequent den Green Deal umsetzen, denn die Gefahr der Produktionsverlagerung würde eingedämmt. Kein Hindernis sieht der Grünen-Politiker in dieser Hinsicht in den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO). Die EU verfüge über ausreichend Souveränität und müsse zudem einen gewissen Eigenschutz betreiben, der für andere selbstverständlich sei. Eine Kohlenstoffgrenzsteuer wäre somit ein „Riesenschritt nach vorne", so Häusling. „In weiter Ferne" liegt seiner Ansicht nach der Wunsch der Bundesregierung, gegen Ende des Jahres mit der Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten zu beginnen. Die Verhandlungen liefen nach wie vor. Es sei einigermaßen erstaunlich, dass trotz des Widerstandes einiger Mitgliedstaaten sowie des Europaparlaments offiziell so getan werde, als gäbe es keinen Gesprächsbedarf mehr. Die Kommission sei im Mai vergangenen Jahres einfach zu früh vorgeprescht; offenbar habe sich damals der scheidende EU-Kommissionspräsident **Jean-Claude Juncker** noch ein Denkmal setzen wollen.

Qualifizierung der Zahlungen

Mit Blick auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) fordert Häusling, langfristig mehr Geld für Umweltleistungen bereitzustellen. Die Eco-Schemes könnten ein Anfang sein; langfristig müsse ihr Anteil an der Ersten Säule auf 60 % erhöht werden. Ziel müsse eine Umverteilung weg von der bedingungslosen Flächenprämie hin zu einer Qualifizierung der Zahlung sein. Die Vorgaben der Farm-to-Fork- und der Biodiversitätsstrategie werden nach Ansicht des Europaparlamentariers allein damit indes nicht zu erreichen sein. „Ich war ein bisschen erstaunt, als der Agrar- und auch der Umweltkommissar gesagt haben, die jetzige GAP wäre dazu geeignet, alle Ziele umzusetzen", so Häusling. Ein Problem sei, dass man Zielmarken vorgebe, aber nicht erläutere, wie diese umgesetzt werden sollten. Wichtig sei, nicht nur auf Freiwilligkeit zu setzen; die Anreizkomponenten müssten groß genug sein. In den Intensivregionen werde man mit Freiwilligkeit nicht viel erreichen.

Neue Mehrheitsverhältnisse

Verständnis zeigt Häusling für die Entscheidung des Umweltausschusses im Europaparlament, aus den Verhandlungen mit dem Landwirtschaftsausschuss über geteilte Kompetenzen zur Grünen Architektur der GAP nach 2020 auszusteigen. Die Verhandlungsführer der Europäischen Volkspartei (EVP) und von Renew Europe hätten immer nur auf die Argumente der eigenen Klientel gesetzt. Die Vertreter seiner Fraktion oder der Sozialdemokraten seien mit ihren Anliegen immer wieder abgewiesen worden. Laut Häusling gibt es im Landwirtschaftsausschuss eine klare Mehrheit von EVP, Renew Europe und der rechtspopulistischen Fraktion Identität & Demokratie, die zusammen an der GAP-Position des vorherigen Gremiums festhalten wollten. Diese habe unter den Mehrheitsverhältnissen des neuen Parlaments aber insgesamt eigentlich keine Chance mehr. Es sei davon auszugehen, dass das Europaparlament in seiner Gesamtheit näher an der Position des Umwelt- als an der des Landwirtschaftsausschusses sei.

Verschärfung der GAP-Umweltauflagen bitter nötig

Der Agrarsprecher der Fraktion der Grünen/EFA im Europaparlament, **Martin Häusling**, zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), seinen diesbezüglichen Wünschen an Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klöckner** sowie zum Green Deal und zur Handelsübereinkunft mit dem Mercosur-Block

Herr Häusling, was erwarten Sie von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft? Und was wünschen Sie sich von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner im Hinblick auf die zukünftige EU-Agrarpolitik?

Was ich mir wünsche und was ich erwarte, sind zwei unterschiedliche Geschichten. Wünschen würde ich mir, dass Frau Klöckner nicht so weiter macht wie bisher. Also frei nach dem Motto: „Hauptsache es bleiben die Direktzahlungen und es gibt nicht so viele Auflagen". Stattdessen sollte sie jetzt für eine GAP kämpfen, in der die Biodiversitätsstrategie und die Farm-to-Fork-Strategie mit eingearbeitet werden. Ziel muss es sein, von den Flächenzahlungen in der jetzigen Form wegzukommen und ein langsames Umsteuern in Richtung „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen" hinzubekommen. Jetzt muss damit angefangen werden, die Erste Säule in ihrer derzeitigen Form umzubauen. Allerdings erwarte ich eher das Gegenteil davon. Ich glaube, Frau Klöckner wird diese Punkte leider kaum aufgreifen.

Zuletzt hatte sich die Ministerin wiederholt für ein höheres Umweltambitionsniveau der GAP ausgesprochen.

Stimmt, rhetorisch hat sie das aufgegriffen, leider aber nicht inhaltlich. Der Tenor von Frau Klöckner lautet: „Die deutsche und die europäische Landwirtschaft sind doch schon super, und dann brauchen wir auch nicht viel tun".

Gibt es weitere Forderungen?

Ich würde mich freuen, wenn die Bundeslandwirtschaftsministerin beispielsweise in der Handelspolitik nicht der Linie der Europäischen Kommission und der Mehrheit der Bundesregierung folgen würde, und das Mercosur-Abkommen nicht weiter vorantreibt.

Aus Kommissionskreisen ist zu hören, dass trotz des im vergangenen Jahr bekanntgegebenen Abschlusses der Verhandlungen mit den Mercosur-Staaten noch weiter an Detailfragen gearbeitet werden muss. Wie bewerten Sie das?

Die EU-Kommission ist im Mai vergangenen Jahres einfach zu früh mit ihren Feierlichkeiten vorgeprescht. Offenbar wollte sich damals der scheidende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker noch ein Denkmal setzen. Wie gesagt, die Verhandlungen laufen nach wie vor. Der Wunsch Deutschlands, gegen Jahresende mit dem Ratifizierungsprozess beginnen zu können, scheint in weite Ferne gerückt. Zudem finde ich es einigermaßen erstaunlich, dass trotz des Widerstandes von Frankreich und anderen EU-Ländern sowie des Europaparlaments offiziell so getan wird, als gäbe es keinen Gesprächsbedarf mehr.

Da wir bei der Handelspolitik sind. Was halten Sie von der Idee von Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen, mittels einer Kohlenstoffgrenzsteuer europäische, ökologisch nachhaltigere Produkte wettbewerbsfähiger zu machen?

Wenn das gelänge, könnte man auch konsequent den Green Deal umsetzen; es bestünde dann weniger die Gefahr, dass es zur Verlagerung von Produktion kommt. Das fordern wir parteiübergreifend im EU-Landwirtschaftsausschuss übrigens schon seit Jahren. Wenn wir strengere Umweltvorschriften erlassen und Pflanzenschutzmittel verbieten, dann können wir nicht gleichzeitig den Import von unter fragwürdigen Bedingungen produzierten Lebensmitteln zulassen. Gerade in der Agrarpolitik hielte ich das für ein wichtiges Zeichen. Es muss klar sein, wenn sich die Brasilianer oder die Ukraine nicht an unsere Regeln halten, dann dürfen sie auch nicht zu Dumpingpreisen in die EU exportieren.

Halten Sie den Vorschlag handelsrechtlich, also den Maßgaben der Welthandelsorganisation (WTO) folgend, überhaupt für umsetzbar?

Das halte ich für kein Problem. Dafür haben wir genügend Souveränität; wir können und müssen auch einen gewissen Eigenschutz betreiben, was für andere selbstverständlich ist. Ich glaube, es wäre ein Riesenschritt nach vorne.

Kommen wir wieder zur GAP-Reform: Wie bewerten Sie den Vorschlag eines Mindestbudgets für die Eco-Schemes in der Ersten Säule?

Über die Frage an sich gibt es zumindest im Europaparlament eigentlichen keinen Dissens. Die spannende Frage ist eher die Höhe.

Im Rat sieht die Lage etwas anders aus. Einige Mitgliedstaaten sperren sich gegen ein verpflichtendes solches Mindestbudget und pochen auf eine reduzierte Konditionalität.

Wenn das tatsächlich passieren sollte, stellt sich mir die Frage, wer sich dann noch an die Öffentlichkeit trauen würde. Wenn das bisherige Greening wegfällt und die kommende Reform noch nicht einmal eine Konditionalität und verpflichtende Eco-Schemes enthalten sollte, dann haben wir nur noch Flächenzahlungen und ein bisschen Zweite Säule. Was wäre denn das für eine Agrarpolitik? Damit würden wir uns komplett lächerlich machen. Dass Ungarn entsprechende Forderungen aufstellt, das wundert mich jetzt nicht. Dazu kommt auch noch Tschechien. Beide Länder dürften meiner Ansicht nach ohnehin gar nicht mehr mitreden. Es ist offensichtlich, dass dort massiver Betrug mit den EU-Agrarsubventionen stattfindet. Zumindest beim tschechischen Premierminister Andrej Babiš ist das auch schon aktenkundig. Diese beiden Staaten sind für mich kein Maßstab.

Was halten Sie von der Einigung des Europäischen Rates zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und zum Wiederaufbaufonds? Werden Sie dem Ganzen zustimmen?

Die Beschlüsse zum MFR machen gerade beim Green Deal, bei den Klimamaßnahmen und dem Forschungsprogramm Horizon Europe finanzielle Abstriche. Das zeigt, dass die Mitgliedstaaten den Green Deal nicht ernst nehmen. Darüber hinaus greifen einige Beschlüsse, wie zum Beispiel zu den Geldern, die zwischen den Säulen verschoben werden dürfen, in den legislativen Abstimmungsprozess des EU-Parlaments ein, der ja noch läuft. Das geht beides so nicht. Da wird das Parlament noch ein Wörtchen mitreden.

Wie bewerten Sie den Ausstieg des EU-Umweltausschusses aus den gemeinsamen Verhandlungen mit dem Landwirtschaftsausschuss über geteilte Kompetenzen zur Grünen Architektur der GAP nach 2020?

Ich habe ja die Verhandlungen mitgemacht. Ich kann die Mehrheit im Umweltausschuss durchaus verstehen. Die Verhandlungsführer des Landwirtschaftsausschusses von der EVP und Renew Europe haben nur auf die Argumente der eigenen Klientel gesetzt. Unsere Vertreter oder die der Sozialdemokraten sind immer wieder mit ihren Anliegen abgewiesen worden. Leider gibt es unter den Agrarpolitikern eine klare Mehrheit von EVP, von Renew Europe und von der rechtspopulistischen Fraktion Identität & Demokratie, die zusammen an der GAP-Position des alten Landwirtschaftsausschusses festhalten wollen, der unter den Mehrheitsverhältnissen des neuen Parlaments insgesamt eigentlich keine Chance mehr hat.

Heißt das, es ist mit einem höheren Umweltambitionsniveau zu rechnen, wenn die Ausrichtung zur Grünen Architektur über Änderungsanträge im Plenum abgestimmt wird?

Die Situation im Parlament ist sicherlich eine andere als im Landwirtschaftsausschuss. Bei den Agrarpolitikern hält die Mehrheit sturköpfig an den eigentlich nicht mehrheitsfähigen Beschlüssen vom April 2019 fest. Das heißt ja, ich rechne fest mit einer Verschärfung der Umweltauflagen. Und das ist auch bitter nötig. Es ist davon auszugehen, dass das Europaparlament in seiner Gesamtheit näher an der Position des Umweltausschusses ist als an der des Landwirtschaftsausschusses.

Die Kommission hat aus Sicht vieler Akteure mit der Farm-to-Fork-Strategie und der Biodiversitätsstrategie - zwei wesentlichen Kapiteln des Green Deal - anspruchsvolle Zielmarken bis 2030 vorgelegt. Wie bewerten Sie den Plan, die zusätzlichen Anforderungen über die geplanten Eco-Schemes umzusetzen?

Die Eco-Schemes können ein Anfang sein. Aber das ist nicht das Ende der Geschichte.

Wird dieses Instrument reichen? Die neue GAP wird mindestens bis 2027 laufen, und dann gäbe es nur noch drei Jahre, die in den Strategien genannten Ziele zu erreichen.

Nein, das reicht natürlich nicht aus. Ich war ein bisschen erstaunt, als der Agrar- und auch der Umweltkommissar gesagt haben, die jetzt geplante GAP wäre dazu geeignet, alle Ziele umzusetzen. Wenn ich mir anschaue, was in der Biodiversitätsstrategie steht, und wenn ich mir die Minderungsziele anschaue, dann weiß ich nicht, wie man das mit freiwillig ausgestalteten Eco-Schemes von 30 % in der Ersten Säule umsetzen will. Auch die Zweite Säule ist viel zu mager. Das wird so nicht funktionieren.

Was fordern Sie?

Das Problem ist, dass man Zahlen raushaut und dann aber nicht sagt, wie das umgesetzt werden soll. Ich habe das in den Aus-

sprachen mit der Kommission sehr deutlich gemacht. Man darf nicht nur auf Freiwilligkeit setzen; das geht nur, wenn auch die Anreizkomponenten groß genug sind.

Sie sind als Agrarkoordinator der Grünen ein Verfechter des ökologischen Landbaus. Sind Sie damit zufrieden, dass die Kommission im Zuge der Farm-to-Fork-Strategie den Ökoflächenanteil bis 2030 auf 25 % erhöhen will.

Beim Ökolandbau ist doch ganz deutlich erkennbar, dass die Anreize dafür in den Intensivregionen viel zu gering sind. Wie soll ich jemanden, der in den Landkreisen Vechta oder Cloppenburg bereits mehr als 1 000 Euro pro Hektar Pacht zahlt, freiwillig dazu bekommen, dass er weniger düngt und weniger spritzt? Allein schon aufgrund der Landpreise muss er alles aus dem Boden herausholen. Soll ich dem jetzt etwa 1 200 Euro je Hektar an Prämien zahlen, während ich im Bayerischen Wald sage, für euch reichen 300 Euro? Das Problem mit der Anreizkomponente ist, dass wir in den Intensivregionen die Leute damit nicht kriegen. Dass man noch mehr Geld in die benachteiligten Regionen gibt, da habe ich auch nichts gegen. Aber da, wo die Hotspots sind, wo wir die Probleme haben, in den Intensivregionen, da werden wir mit Freiwilligkeit nicht viel erreichen.

Was wäre die Lösung?

Ich fordere nicht mehr Geld, sondern ich fordere, dass wir langfristig von den 30 % Eco-Schemes auf 60 % gehen. Dann wird mehr Geld für Umweltleistungen bereitgestellt.

Das hieße am Ende aber weniger Einkommen für die Landwirte in den Intensivregionen, da die Faktorkosten - beispielweise die Pachtpreise - wohl kaum schnell genug sinken würden. Zugleich dürfte wegen der gestiegenen Umweltanforderungen weniger Ertrag erzielt werden. Nehmen Sie das in Kauf?

Wenn der entsprechende Bauer nicht mitmacht, gibt es weniger Geld, das ist doch keine Frage. Deshalb muss ich die Anreizkomponente hoch genug ansetzen, damit die Landwirte auch mitmachen. Das ergibt ja Sinn. Es geht hier um eine Umverteilung weg von der bedingungslosen Flächenprämie hin zu einer Qualifizierung der Zahlung. Das ist mein Ansatz. Nur zu sagen, wir brauchen mehr Geld, reicht nicht.

Ihre Kritiker führen ins Feld, gerade die Corona-Krise habe gezeigt, dass die Versorgungssicherheit in Europa mit Lebensmitteln auch durch die bisherige EU-Agrarpolitik sichergestellt worden sei. Sehen Sie nicht die Gefahr, dass ein zu viel an Umweltleistungen oder mehr Ökolandbau zu Lasten einer autarken Lebensmittelversorgung gehen könnte?

Mitnichten. In der Corona-Krise haben vor allem die Direktvermarkter, die Biobetriebe und die regionalen Marken ganz eindeutig profitiert. Probleme haben Tönnies und Co sowie die damit verbundenen Schweinemäster, also die großen Strukturen, denen ihre Exportmärkte weggebrochen sind. Die Lehre aus der Corona-Krise heißt also, dass die krisenanfälligen Betriebe immer wieder die großen Schlachthöfe oder die Großmolkereien sind.

Die Ausgestaltung einer GAP-Reform wird auch immer stark vom jeweiligen Agrarkommissar geprägt. Sie waren ein scharfer Kritiker von Phil Hogan, als dieser das Amt innehatte. Wie bewerten Sie die bisherige Arbeit seines Nachfolgers Janusz Wojciechowski?

Besonders viel kann man dazu momentan noch nicht sagen. Seine Kommunikation ist uns Parlamentariern gegenüber jedoch deutlich wohlwollender als die von Hogan. Aber er muss auch liefern.

Was beziehungsweise wo?

Wenn ich seinen Aussagen richtig folge, findet er den Ökolandbau gut und ist auch eher auf Seiten der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Konsequenterweise hätte er den GAP-Vorschlag von Hogan also ändern müssen, was er bislang nicht gemacht hat. Hier muss er auf jeden Fall noch liefern.

Vielen Dank für das Gespräch! AgE

EU/KAMBODSCHA AGRARHANDEL

Kambodscha verliert zollfreien Marktzugang

BRÜSSEL. Die Europäische Union hat Kambodscha den zollfreien Marktzugang im Rahmen des „Everything But Arms"-(EBA)-Abkommens anteilig entzogen. Wie die Brüsseler Behörde in der vorvergangenen Woche mitteilte, wird die Handelsregelung für am wenigsten entwickelte Länder aufgrund schwerwiegender und systematischer Menschenrechtsverletzungen für typische Exportprodukte wie Bekleidung, Schuhe und Reiseartikel vorübergehend aufgehoben. „Wir haben Kambodscha Handelsmöglichkeiten geboten, mit denen das Land eine exportorientierte Industrie aufbauen und Tausende von Arbeitsplätzen schaffen konnte. Wir stehen an der Seite Kambodschas, auch in der schwierigen Lage, die durch die Pandemie verursacht wurde", erklärte EU-Handelskommissar **Phil Hogan**. Diese anhaltende Unterstützung ändere jedoch nichts daran, dass Kambodscha dringend für die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte sorgen müsse. Die EU werde den uneingeschränkten freien Marktzugang wieder herstellen, sofern sich in diesem Bereich erhebliche Verbesserungen einstellten. Nach Angaben der Kommission betrifft die Maßnahme rund 20 % der kambodschanischen Ausfuhren. Die betroffenen Waren dürften zwar weiterhin geliefert werden, unterlägen allerdings den allgemeinen Zollsätzen wie sie auch für andere Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) gälten. Die restlichen 80 % der kambodschanischen Exporte erhalten der Kommission zufolge weiterhin einen präferentiellen Zugang zum EU-Markt. Laut der Menschenrechtsorganisation FIAN haben auch die Zuckerlieferungen aus Kambodscha ihren zollfreien Zugang verloren. Nach Angaben der Organisation hat der Abschluss des EBA-Abkommens in dem Land eine „regelrechte Jagd nach Land ausgelöst". Internationale Zuckerkonzerne und nationale Eliten hätten sich Land für riesige Zuckerrohrplantagen gesichert, deren Fläche sich mit der Handelsinitiative von praktisch null auf weit mehr als 100 000 ha vergrößert habe. Seit 2010 hätten vom Landraub betroffene Gemeinden die EU zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen aufgerufen. 2019 exportierte Kambodscha laut der Kommission Zucker im Wert von 8 Mio Euro in die EU. Bedeutendster Agrarexport war mit 146 Mio Euro Reis; insgesamt belief sich der Wert der gelieferten Agrarprodukte auf 168 Mio Euro. AgE